

Open Government, E-Government 2.0, Open Data

Ulrich Viehhaus und Christian Lomp

1. Dezember 2010

Zusammenfassung

Open Government, E-Government 2.0, Open Data. Der Staat und sein Umgang mit dem Internet und der Transparenz

1 Überblick

2 Open Government

“Öffnung von Staat und Verwaltung”: Sammelbegriff für unterschiedliche Konzepte/Visionen (nach Jörg von Lucke)

2.1 Transparenz

Externe Nachvollziehbarkeit von Vorgängen und Entscheidungen in Politik, Verwaltung und Justiz.

2.2 Open Data

Behörden- und mit öffentlichen Mitteln finanzierte Daten öffentlich zugänglich machen.

2.3 Partizipation

Einbindung der Bürger in Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung

2.4 Öffnung gegenüber der Gesellschaft

Aktiver Austausch und ergebnisoffener Dialog und Diskurs zwischen Staat, Verwaltung und der Gesellschaft statt Abschottung.

2.5 Kollaboration

Verstärkte Einbindung von Bürgern, Unternehmen, Verbände und Bürgerinitiativen in die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft.

2.6 Open Innovation, Offene Standards, Offene Schnittstellen, Open Source

Nutzung der Innovationskraft der Außenwelt zur Vergrößerung des Innovationspotentials der Verwaltung.

3 E-Government 2.0

Umsetzung der Open Government Idee durch die Bundesregierung. EU-Dienstleistungsrichtlinie und Bundesinitiative im Jahre 2000, Bund Online 2005, Start von E-Government 2.0 ab 2006 mit jährlichen Abschlußberichten

3.1 Handlungsfeld:Portfolio

Ziel: Bedarfsorientiert qualitativer und quantitativer Ausbau des E-Governmentangebot des Bundes.

- Bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Onlineangebots
- Umsetzung einheitlicher Qualitätsmaßstäbe
- Steigerung der Nutzerorientierung
- Erweiterung der Einbindung der Zielgruppen beim weiteren Ausbau der Onlineangebote
- Vereinfachung von wichtigen behördenübergreifenden Verfahren
- Verbesserung der Beteiligung von Wirtschaft und Bevölkerung an politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen (Partizipation)
- Sicherung der Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft unter Berücksichtigung von sozialen und technischen Aspekten (Inklusion)

Umsetzung durch Pilotprojekte - kurze Erläuterung dreier dieser Projekte beispielsweise

- Ausbau der Ausschreibungsplattform des Bundes (e-Vergabe)
- Datenstruktur und Datenübermittlung in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung (BVL)
- Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)

3.2 Handlungsfeld:Prozessketten

Integration von IT-Verfahren und Geschäftsprozessen für eine durchgängig elektronische und damit automatisierte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung. **Ziel:** bis Ende 2010 sollen mindestens zehn Prozessketten gemeinsam mit der Wirtschaft optimiert werden.

- Die Bearbeitung der Verwaltungsverfahren soll deutlich und messbar beschleunigt werden.
- In den bis 2009 realisierten Prozessketten sind die Bearbeitungszeiten oder die Kosten für die Wirtschaft nachweislich um 15 Prozent reduziert. Gleichzeitig sind entsprechende Einsparungen auf Seiten der Verwaltung möglich.
- Im Jahr 2010 werden in den Prozessketten 80 Prozent der Verwaltungsvorgänge vollkommen medienbruchfrei und elektronisch abgewickelt.
- Die Prozessketten sind bis Ende 2010 gemäß ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz zertifiziert.
- Ab 2012 sollen Transaktionen zwischen Wirtschaft und Verwaltung in aller Regel nur noch elektronisch abgewickelt werden und damit eine entsprechende Ankündigung gegenüber der Wirtschaft auf dem ersten nationalen IT-Gipfel erfüllt werden.

Beispiel: IT Food Trace

3.3 Handlungsfeld:Identifikation

Maßnahmen zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine sichere Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung. **Ziel:** eine eindeutige, ortsunabhängige, elektronische Identifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitzustellen. Kurze Erwähnung mit Verweis auf andere Vorträge des Seminars von

- E-Identity-Konzept
- Neuer Personalausweis
- Anwendungen für den neuen Personalausweis

Exkurs: Situation des neuen Personalausweis in Portugal.

3.4 Handlungsfeld:Kommunikation

Ziel: Gestaltung sicherer elektronischer Kommunikationsräume für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Erläuterung der drei Hauptprojekte:

- Deutschland-Online Infrastruktur (Auf- und Ausbau einer abgestimmten Kommunikationsinfrastruktur der öffentlichen Verwaltung in Deutschland.)
- Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume
- Bürgerportale (De-Mail)

4 Open Data

Das „Informationsfreiheitsgesetz vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722)“ bildet einen juristischen Pfeiler für die Handhabung offener Daten“. Im Gesetz heißt es: „§ 1 Grundsatz (1) Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen.“ wobei amtliche Informationen wie folgt definiert werden: „§ 2 Begriffsbestimmungen. Im Sinne dieses Gesetzes ist amtliche Information: jede amtlichen Zwecken dienende Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung. Entwürfe und Notizen, die nicht Bestandteil eines Vorgangs werden sollen, gehören nicht dazu;“

Das OpenData Network (<http://opendata-network.org>) hat sich als Ziel gesetzt offene Daten für die Gesellschaft nutzbringend zu propagieren. Einige ihrer Grundsätzen sind:

- Informationsfreiheit: aktive Teilhabe der Bürger an Gesellschaft und Politik durch freien Zugang zu Informationen, freier Zugang zu Bildung sowie zu Informationen und Daten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Informationsfreiheitsgesetz garantiert jedem den freien und ungehinderten Zugang zu diesen Daten.
- Bürgerrechte in der Informationsgesellschaft Datenschutz sowie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.
- kollaborativer Formen der Partizipation Durch die Digitalisierung von Daten und die elektronische Kommunikation entstehen neue Möglichkeiten der Partizipation und damit neue Formen der direkten Demokratie.

Die Open Government Data Principles

4.1 Beispiel:Geodaten

EU-Inspire Richtlinie 2004/0175 "Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft laut". Ziel: Bessere Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Umweltproblemen: Laut Dr.Thomas de Maiziere (Bundesminister des Innern) werden folgende Geodaten verwendet: - Wetterbilder - Verkehrsströme - Naturkatastrophen: Überschwemmungsgebiete, Deiche, tektonische Verschiebungen - Informationen zur Landnutzung "Wir benötigen Geodaten für die Lenkung von Verkehrsströmen und das umweltschonende Beackern von Feldern, bei der Klimaauswertung, im Katastrophenschutz, aber auch bei ganz alltäglichen Dingen wie der Urlaubsplanung oder Wohnungssuche." Grenzen von Open Data laut de Maiziere: "Wenn über den einzelnen Bürger Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellt werden oder Daten so verknüpft werden, dass ein schwerwiegender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte vorliegt, ist eine rote Linie überschritten." (Quelle: Video auf der Seite des Innenministeriums s.u.) GeoPortal des Bundes <http://geoportal.bkg.bund.de/>

4.2 Beispiel:Haushalte

www.offenerhaushalt.de Bundeshaushalt graphisch anspruchsvoll aufgemacht

4.3 Beispiel:Partizipation

www.fixmystreet.com (Großbritannien)

4.4 Beispiel:Innovation

Hackday - Treffen bei der mehrere Programmierer gleichzeitig zeigen, wie man öffentliche Daten aus dem Netz ziehen und sinnvoll zusammenstellen kann.

5 Ausblick

Auslaufen von E-Government 2.0 in 2010.

5.1 Regierungsprogramm: "Vernetzte und transparente Verwaltung"

Handlungsfelder die E-Government betreffen:

- Optimierung der Organisation durch E-Government: Prozesse vereinfachen, Transparenz, Kooperation, Einer-für-alle-Lösungen.
- Informations- und Kommunikationstechnik (IKT): IT-Planungsrat koordiniert und definiert konkrete Maßnahmen (Art. 91c GG)
- Kompetenz- und Dienstleistungszentren
- IT-Dienstleistungszentren des Bundes
- Zielvorgaben für De-Mail
- Personalpolitik
- E-Government Gesetz
- E-Verwaltung soll DOMEA-Konzept ersetzen
- Geodateninfrastruktur Deutschland
- Metropolregion Rhein-Nekar als Modellregion für E-Government

- Netze des Bundes
- Open Government: Open Data, Gebührensystem
- Prozessdatenbeschleuniger (Verwaltung-Wirtschaft)

5.2 BITKOM: Verwaltung 2015

Fortführender Vorschlag Verwaltung 2015 durch BITKOM, dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. und einem wichtigen Partner der Bundesregierung, gefunden

5.2.1 Zielbereich 1: Nutzen für Bürger und Unternehmen

- Harmonisierung der Ansprechpartner (One-Stop Government) - Sichere Mail-Infrastruktur und Datensafes - Elektronischer Personalausweis als zentrales Anmeldewerkzeug - Ausweitung (24/7) des Serviceangebotes der Rufnummer 115 (Multi-Channel Government) - vollelektronische Abwicklung der gängigen Verwaltungsangelegenheiten (Non-Stop Government) - Priorisierung von praxisrelevanten Anwendungen (Steuererklärung, Sozialleistungen, KFZ.Zulassung, etc.)

5.2.2 Zielbereich 2: Wirtschaftlichkeit und Effizienz

Shared Services und gemeinschaftliche Dienstleistungszentren (Kollaboration und Standartisierung)

5.2.3 Zielbereich 3: Transparenz und Datenschutz

- OpenData und Informationsfreiheitsgesetz

5.2.4 Zielbereich 4: Gesellschaftliche Teilhabe

- Benchmarking

5.2.5 Zielbereich 5: Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit

5.2.6 Zielbereich 6: Leistungsfähige IT-Unterstützung

- IT-Governance und Innovationsfonds

5.2.7 Roadmap

6 Literatur